

Thema: Prater Wien

Autor: Franz Jandrasits

Wider die bösen Geister der Bürokratie

Reformen. Die Junge Wirtschaft Wien fordert bessere Förderung und Abbau vieler Vorschriften

Die größten Kritikpunkte an den Hürden für die Wirtschaft traten am Mittwoch als Gruselmonster in der Geisterbahn im Wiener Prater auf. Die Junge Wirtschaft Wien (JWW) hatte den skurrilen Ort gewählt, um ihre Forderungen nach dem Abbau manch überholter Bürokratie-Vorgaben und ihre Wünsche nach Entlastung der Unternehmen zu präsentieren.

Als Anreiz zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist dem JWW-Vorsitzenden Jürgen Tarbauer die angekündigte Förderung von Start-ups (siehe Seite 2) zu wenig. Er fordert eine generelle Befreiung von den Lohnnebenkosten für die ersten drei Mitarbeiter im ersten Quartal eines jeden

Jahres. „Österreich ist Vizeweltmeister bei den Lohnnebenkosten“, begründet er die Forderung, „daher zögern gerade junge Unternehmen, zusätzliche Mitarbeiter einzustellen“.

Kostenentlastung soll auch eine neue Steuer-Regelung bringen. Da viele Unternehmen nur gelegentlich einen Lkw oder Lieferwagen benötigten, würden sie bei Bedarf einen Carsharing-Dienst in Anspruch nehmen. Die Kosten für betriebliche Fahrten seien aber nicht steuerabzugsfähig, was diesen Service für die Unternehmen verteuere. Ebenso wichtig ist für die JWW der Bürokratieabbau. Von den rund 16.000 Gesetzen und Verord-

nungen in Österreich seien zahlreiche nicht mehr zeitgemäß, etliche würden sich sogar widersprechen. Die Abbau-Formel der Jungunternehmer lautet 1:2. Konkret: Für jede neue Bestimmung oder Vorschrift sollen zwei bestehende Bestimmungen abgeschafft werden.

Teilzeit-Krankenstand
„Modernisieren“ wollen die

Jungunternehmer auch den Krankenstand. Konkret meint Tarbauer, dass etwa ein Software-Entwickler, der wegen eines Gipsbeins krank geschrieben sei, in einer Art Teil-Krankenstand freiwillig von zu Hause arbeiten dürfen soll. Dass dadurch der Druck auf Mitarbeiter steigen könnte,

die das nicht freiwillig machen, lässt er nicht gelten.

Einen Vorschlag der Wiener Kammer greift die Regierung auf. Diese hat ein Modell erarbeitet, mit dem Mehrfachversicherungen zurückgedrängt werden können. Wer davon (weil er selbstständig und unselbstständig arbeitet) betroffen ist, könnte sich künftig für die gewerbliche oder die ASVG-Versicherung entscheiden (der KURIER berichtete). Der Ministerrat hat den Sozialminister mit einer Analyse zur Verbesserung der Versorgungssicherheit im Gesundheitswesen beauftragt und will die Mehrfachversicherungen in diesem Zusammenhang prüfen lassen.

– FRANZ JANDRASITS



Thema: Prater Wien

Autor: Franz Jandrasits

Foglar: „Arbeitnehmerschutz bei Gewerbe-reform nicht mitentsorgen“

VON MICHAEL BACHNER

Sozialpartner.
Präsidenten von ÖGB und WKÖ skeptisch bei Entrümpelung der Gewerbeordnung.

Ist die kräftige Reduktion der Bankenabgabe vor allem für SPÖ-Bundeskanzler Christian Kern ein heikles Themenfeld, so gilt selbiges für ÖVP-Vizekanzler Reinhold Mitterlehner bei der Reform der Gewerbeordnung.

Geht es nach den mächtigen Sozialpartnern, steht das Match derzeit 1:0 für Kern.

Denn sowohl ÖGB-Präsident Erich Foglar als auch Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl sind – wenn auch unterschiedlich euphorisch – für die kräftige Reduktion der Bankenabgabe zu haben.

Aber beide Präsidenten sind skeptisch, was eine allzu forsche Entstaubung der Rechtsvorschriften in der Gewerbeordnung angeht. Geregelt sind dort die Vorschriften für immerhin noch 82 reglementierte

Gewerbe – vom „Arbeitsvermittler“ bis zum „Zahn-techniker“. Und 440 freie Gewerbe in Österreich. Das sind jene Berufe vom „Abdecker“ bis zum „Verkehrsflächenreiniger“, für deren Ausübung man keine Meisterprüfung braucht.

Nur noch ein Schein
Kern des Reformansatzes von VP-Vizekanzler und Wirtschaftsminister Mitterlehner ist die Idee vom einheitlichen Gewerbeschein für alle freien Gewerbe.

Der Nageldesigner, der heute nur Finger-, aber keine

Fußnägel lackieren darf, außer er hat zwei Gewerbescheine, käme also in Zukunft mit einem Schein aus. Das erspare über alle Selbstständige in Österreich 40.000 Anmeldeverfahren pro Jahr, wirbt Mitterlehner.

Kammer-Chef Leitl ist skeptisch. Der einheitliche Gewerbeschein „könne zu einer Verwaltungsvereinfachung führen“, zentral sei jedoch, dass weiter die Zuordnung der Berufe zu den jeweiligen Kollektivverträgen und Fachorganisationen in der

Kammer möglich sei. Und hier gehe es nicht um die Mitgliedsbeiträge, sagt Leitl seinen Kritikern, sondern um die spezifische Interessensvertretung etwa bei den Lohnverhandlungen. Leitl: „Die Betriebe müssen wissen, wo sie hingehören.“

Gewerkschaftschef Foglar wendet das Spiegelbildliche ein: „Man darf bei der Entrümpelung der Gewerbeordnung nicht den Arbeitnehmerschutz gleich mitentsorgen.“ Foglar kündigt an, diesem Thema bis zum Herbst eine „sehr hohe Aufmerksamkeit“ zu widmen, schließlich hängen an der Gewerbe-Reform zentrale Arbeitnehmerrechte – von branchenspezifischen Schutzbestimmungen über Arbeitszeit-Regelungen und Berufsausbildungs-Vorschriften bis hin zur Entlohnungsfrage, spricht die Einstufung der Mitarbeiter in die Kollektivverträge. Foglar: „Wenn es nötig ist, werden wir uns hier vehement einbringen. Wir wollen die Auswirkungen aber dann beurteilen, wenn sie klar absehbar sind.“

Ganz anders klingen beide Präsidenten bei der Bankenabgabe. 2017 würde sie rund 1,5 Milliarden Euro ausmachen (550 Millio-

nen nationale Steuer, eine Milliarde Euro für EU-Fonds). Die Regierung plant eine Reduktion auf in Summe 500 bis 600 Millionen, also auf zirka ein Drittel. Die Banken sollen dafür jedoch eine einmalige Abschlagszahlung in Höhe von einer Milliarde Euro leisten, die Kanzler Kern für die Bildung verwenden will.

Gute Banken

Christoph Leitl hält die Banken-Entlastung wenig überraschend für „unumgänglich“. Aber auch Erich Foglar anerkennt ihre Rolle für die Kreditvergabe in der Realwirtschaft. Foglar: „Banken sind unverzichtbar, ohne sie bekommen wir keinen Aufschwung hin. Wir können mit dieser Lösung leben, unter der Prämisse, dass das Geld der Abschlagszahlung in der Bildung ankommt, wo

benötigt wird. Beim Ausbau der ganztägigen Schulformen.“

Thema: Prater Wien

Autor: Franz Jandrasits

